BEBAUUNGSPLAN NR. 49 A

Maßstab 1:1000

1. Änderung

Textliche Festsetzungen

1) Die in § 19 Absatz 4 Satz 2 BauNVO genannten Maße dürfen nicht überschritten werden.

2) Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Stellplätze und Garagen gemäß § 12 BauNVO und Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO nicht zulässig.

3) Die mit einem Pflanzgebot gemäß § 9 (1) 25 a BauGB festgesetzten Flächen sind ausschließlich mit standortgerechten heimischen Laubgehölzen und Sträuchern zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten (z.B. Eberesche, Erle, Holunder, Hanfweide, Kornelkirsche, Liguster, Salweide, Weißdorn, Hartriegel, Strauchweide). Das Pflanzraster soll dabei 1,00 m x 1,00 m betragen.
(Pflanzschema gemäß Abbildung)

4) Der an der Ostseite der Grundstücke verlaufende Graben ist gemäß Grabenaufweitungsschema herzurichten. Im Bereich der Aufweitung findet das Pflanzgebot gemäß § 9 (1) 25 a BauGB keine Anwendung.

Kennzeichnung gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 3 Baugesetzbuch

In der Bodentiefenzone 30 - 60 cm liegen die Schwermetallgehalte im Normalbereich unbelasteter Böden. In der Bodentiefenzone 0 - 30 cm liegen erhöhte Schwermetallgehalte vor. Insbesondere gilt dies für Blei, Zink und Cadmium. Der Zink- und Bleigehalt stellt jedoch keine Gefährdung im Hinblick auf die geplante Wohnbebauung dar.

Die Cadmiumgehalte liegen knapp über den Bodenwert II nach Kloke (1991) für Gärten und Spielplätze. Die Verfügbarkeit des Cadmiums geht mit steigendem pH-Wert jedoch stark zurück. Daher ist der Boden bei Wohnnutzung mit 100 dz/ha (1 kg/qm) CaO auf pH 7 dauerhaft aufzukalken. Siehe Bodengutachten im Anhang zur Begründung des Bebauungsplanes.

Nachrichtliche Übernahme

a) Diesem Bebauungsplan liegt die BauNVO 1990 vom 23.01.1990 (BGBl. I Seite 132) zugrunde.

b) Bei Änderungen an Gewässern ist eine Genehmigung nach dem Niedersächsischen Wassergesetz (Nds. WG) einzuholen.

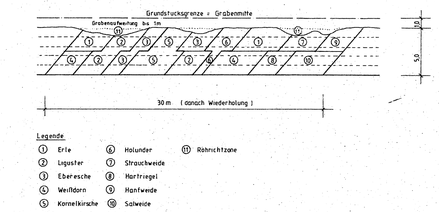
c) Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, so sind diese Funde gemäß Nds. Denkmalschutzgesetz (in der jeweils gültigen Fassung) unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Stadt anzuzeigen.

d) Entlang des Gewässers II. Ordnung (Blexer Tief) dürfen in einer Breite von 5 m (gemessen von der oberen Böschungskante) keine baulichen Anlagen errichtet, Büsche oder Bäume nicht gepflanzt werden.

e) Für die Oberflächenentwässerung ist ein verbindlicher Oberflächenentwässerungsplan aufzustellen.

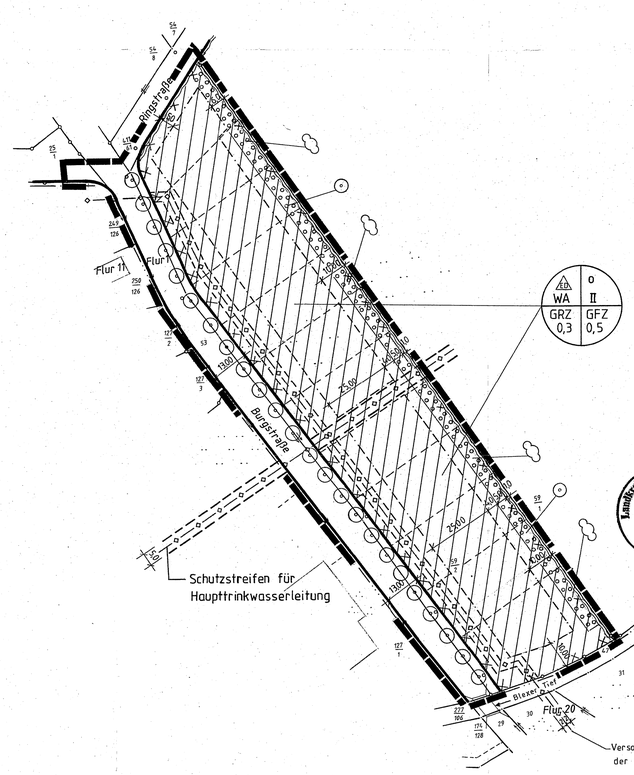
Pflanz- und Grabenaufweitungsschema (siehe textl. Festsetzungen Nr 3 und 4)

Vierreihige Baum-/ Strauchbepflanzung

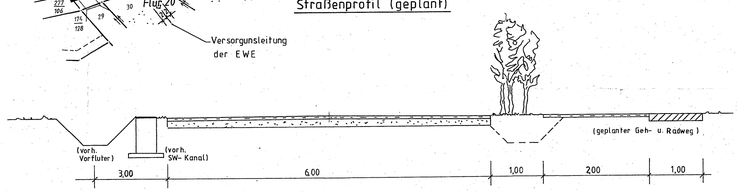


Legende

① Erle	⑥ Holunder	⑪ Röhrichtzone	
② Liguster	⑦ Strauchweide		
③ Eberesche	⑧ Hartriegel		
④ Weißdorn	⑨ Hanfweide		
⑤ Kornelkirsche	⑩ Salweide		



Straßenprofil (geplant)



Für diesen Bebauungsplan wird gemäß § 11 Abs. 3 des BauGB in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253) mit Verfügung vom 11.1.93 eine Verletzung von Rechtsvorschriften nicht geltend gemacht.

Landkreis Wesermarsch Brake 19. JAN. 93
Im Auftrag
Ludwig
Baudirektor

Landkreis Wesermarsch 59 Brake

Planzeichenerklärung

Planzeichen | Darstellung | ● verwendet

1. Art der baulichen Nutzung

- W — Wohnbauflächen
- WS — Kleinsiedlungsgebiete
- WR — Reine Wohngebiete
- WA — Allgemeine Wohngebiete ●
- WB — Besondere Wohngebiete
- M — Gemischte Bauflächen
- MD — Dorfgebiete
- MI — Mischgebiete
- MK — Kerngebiete
- G — Gewerbliche Bauflächen
- GE — Gewerbegebiete
- GI — Industriegebiete
- S — Sonderbauflächen
- SO — Sondergebiete, die der Erholung dienen

Sonstige Planzeichen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans ●
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebiets
- Umgrenzung der Flächen, die von Bebauung freizuhalten sind
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Mit Leitungsrecht zu belastende, zugunsten der Versorgungsträger ●
- Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind
- Aufschüttung
- Abgrabung
- Stützmauer

2. Maß der baulichen Nutzung

- (II) GFZ 0,7 — Geschoßflächenzahl ●
- ▭ FL 500 m² — Geschoßfläche
- BMZ 3,0 — Baumassenzahl
- BM 4000 m³ — Baumasse
- 0,4 GRZ 0,4 — Grundflächenzahl ●
- GR 100 m² — Grundfläche
- Zahl der Vollgeschosse
- III — als Hochstgrenze ●
- III–V — als Mindest- und Hochstgrenze
- (V) — zwingend

Höhe baulicher Anlagen
in ..... m über einem Bezugspunkt
als Hochstgrenze

z.B.
- TH 12,4 m über Gehweg — Traufhöhe
- FH 53,5 m über NN — Firsthöhe
- OK 124,5 m über NN — Oberkante
- UK 116,0 m u. NN — Unterkante
- OK mind. 116,0 m über NN — als Mindestgrenze
- OK 116,0 m bis 124,5 m über NN — als Mindest- und Hochstgrenze
- (OK) 124,5 m über NN — zwingend

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

- o — Offene Bauweise ●
- E — nur Einzelhäuser zulässig
- D — nur Doppelhäuser zulässig
- H — nur Hausgruppen zulässig
- ED — nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig ●
- g — Geschlossene Bauweise ●
- Baulinie ○
- Baugrenze ●

4. Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf

- Flächen für den Gemeinbedarf ●

Einrichtungen und Anlagen
- Öffentliche Verwaltungen
- Schule
- Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Post
- Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Schutzbauwerk
- Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- F — Feuerwehr

5. Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge

Straßenverkehr:
- Autobahnen und autobahnähnliche Straßen
- Sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen
- P — Ruhender Verkehr
- Bahnanl. — Bahnanlagen
- Überörtliche Wege und örtliche Hauptwege
- W — z.B. Hauptwanderweg
- Umgrenzung der Flächen für den Luftverkehr Zweckbestimmung
- Flughafen
- Segelfluggelände

6. Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsflächen
- Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
Die Straßenbegrenzungslinie entfällt, wenn sie mit einer Baulinie oder Baugrenze zusammenfällt.
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
Zweckbestimmung:
- V — Verkehrsberuhigter Bereich
- P — Öffentliche Parkfläche
- A — Fußgängerbereich
- Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen
- z.B. Einfahrt
- z.B. Einfahrtbereich
- z.B. Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

7. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen sowie für Ablagerungen

Zweckbestimmung:
- Elektrizität
- Abwasser
- Gas
- Abfall
- Fernwärme
- Ablagerung
- Wasser

8. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

- oberirdisch
- unterirdisch

9. Grünflächen

Im Bebauungsplan sind Grünflächen als öffentliche oder private Grunflächen besonders zu bezeichnen.
Im Bebauungsplan kann die Flachensignatur auch als Randsignatur verwendet werden.

Zweckbestimmung:
- Parkanlage
- Zeltplatz
- Dauerkleingärten
- Badeplatz, Freibad
- Friedhof
- Sportplatz
- Spielplatz

10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

Wasserflächen
Zweckbestimmung z.B.:
- offenzuhaltender Vorfluter (s.textl. Festsetzung Nr. 4) ●

Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
Zweckbestimmung z.B.
- HRB — Hochwasserrückhaltebecken
- ÜG — Überschwemmungsgebiet

Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen
Zweckbestimmung z.B.
- SQ — Schutzgebiet für Grund- und Quellwassergewinnung
- SO — Schutzgebiet für Oberflächengewässer

11. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

- A — Flächen für Aufschüttungen
- G — Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

12. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft

Zweckbestimmung z.B.
- E — Erholungswald

13. Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft

- Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern gem. §9 Abs 1 Ziffer 25a BauGB. (s. textl. Festsetzung Nr. 3)

Anpflanzen z.B.
- Bäume ●
- Sträucher ●

- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von standortgerechten Bäumen und Sträuchern gem §9 Abs 1 Ziffer 25b BauGB.

Erhaltung z.B.
- Bäume
- Sträucher
- Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts

Schutzgebiete und Schutzobjekte
- N — Naturschutzgebiet
- NP — Naturpark
- NLP — Naturschutzpark
- ND — Naturdenkmal
- L — Landschaftsschutzgebiet
- LB — Geschützter Landschaftsbestandteil

14. Regelungen für die Stadterhaltung, für den Denkmalschutz und für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

- E — Umgrenzung von Erhaltungsbereichen, wenn im Bebauungsplan bezeichnet
- D — Umgrenzung von Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen
- D — Einzelanlagen (unbewegliche Kulturdenkmale), die dem Denkmalschutz unterliegen
- SAN — Umgrenzung der Sanierungsgebiete
- E — Zu erhaltende Gebäude und sonstige bauliche Anlagen im Bebauungsplan für förmlich festgelegte Sanierungsgebiete

- Zu beseitigende Gebäude und sonstige bauliche Anlagen im Bebauungsplan für förmlich festgelegte Sanierungsgebiete

15. Sonstige Planzeichen

- Umgrenzung der Bauflächen für die eine zentrale Abwasserbeseitigung nicht vorgesehen ist

Mindestgröße, Mindestbreite und Mindesttiefe der Baugrundstücke
- F mind. — Mindestgröße
- b mind. — Mindestbreite
- t mind. — Mindesttiefe

- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen

Zweckbestimmung
- St — Stellplätze
- GGa — Gemeinschaftsgaragen
- Ga — Garagen
- GSt — Gemeinschaftsstellplätze

- Umgrenzung der für bauliche Nutzung vorgesehenen Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (s.textl. Kennzg. gem. §9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB)

Nachrichtliche Übernahmen
- Sichtdreieck, ob m über O.K Fahrbahn von jeglicher Bebauung und Bepflanzung freihalten
- Leitungsführung
- Vorh. Versorgungsleitung W = Wasser, A = Abwasser,
- Gepl. Versorgungsleitung E = Elektrizität, G = Gas

Erläuterungen
- Vorh. Bebauung
- Vorh. Grenzen
- Flurstücksnummer
- Aufschüttende Bebauung
- Bauliche Lagerung
- Bebauungsrechtig (ohne Rechtsverbindlichkeit)
- Grundbuchliche, Vorschlag (ohne Rechtsverbindlichkeit)
- Baugrenze
- Nicht bebaubare Fläche

Nachrichtlicher Hinweis

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, daß diese Funde meldepflichtig sind (Nieders. Denkmalschutzgesetz vom 30.5.1978). Es wird gebeten, die Funde unverzüglich der zuständigen Kreis- oder Gemeindeverwaltung zu melden, die sofort die Außenstelle für Archäologische Denkmalpflege, Fedabreite 23A, 2902 Rastede, benachrichtigen wird.

Textliche Festsetzung

Bebauungsplan

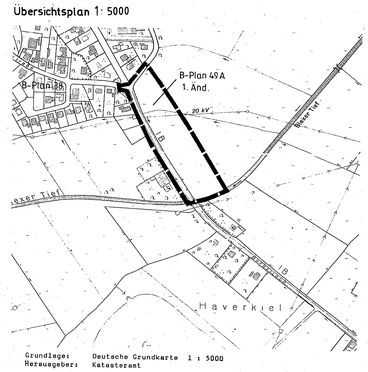
Nr. 49 A

1. Änderung der

STADT NORDENHAM

(Gebiet südöstlich des Stadtteils Phiesewarden, östlich der Burgstraße)

Übersichtsplan 1: 5000



Grundlage: Deutsche Grundkarte 1 : 5000
Herausgeber: Katasteramt

PRÄAMBEL

AUF GRUND DES § 1 ABS. 3 UND DES § 10 DES BAUGESETZBUCHES (BAUGB) VOM 8.12.1986 (BGBL. I S. 2253), ZULETZT GEÄNDERT DURCH Einigungsvertragsgesetz VOM 23.09.1990 (BGBl. I S. 885) UND DER §§ 56, 57 UND 58 DER NIEDERSÄCHSISCHEN BAUORDNUNG VOM 6.6.1986 (NDS. GVBl. S. 157), ZULETZT GEÄNDERT DURCH ..... VOM ..... (NDS. GVBl. S. .....) I.V.M. § 40 DER NIEDERSÄCHSISCHEN GEMEINDEORDNUNG I.D.F. VOM 22.6.1982 (NDS. GVBl. S. 229), ZULETZT GEÄNDERT DURCH Gesetz VOM 17.12.1991 (NDS. GVBl. S. 363 u. 367) HAT DER RAT DER GEMEINDE Stadt Nordenham DIESEN BEBAUUNGSPLAN NR. ..... DIE ANDERUNG DIESES BEBAUUNGSPLANES NR. 49 A BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG UND DEN NACHSTEHENDEN NEBENSTEHENDEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN SOWIE DEN NACHSTEHENDEN NEBENSTEHENDEN ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN ÜBER DIE GESTALTUNG ALS SATZUNG BESCHLOSSEN.

NORDENHAM, DEN 14.10.1992

BÜRGERMEISTER U. Münzberg

STADTDIREKTOR W. Fugel

1) Entsprechend dem letzten Stand einsetzen
2) Streichen, wenn Bebauungsplan ohne örtliche Bauvorschriften über die Gestaltung
3) Nichtzutreffendes streichen

VERFAHRENSVERMERKE

DER RAT DER STADT HAT IN SEINER SITZUNG AM 18.12.1991 DIE Änderung DES BEBAUUNGSPLANES NR. 49 A BESCHLOSSEN. DER AUFSTELLUNGSBESCHLUSS IST GEMÄSS § 2 ABS. 1 BAUGB AM 30.03.1992 ORTSÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

STADTDIREKTOR

VERVIELFALTIGUNGSVERMERK KARTENGRUNDLAGE: LIEGENSCHAFTSKARTE GEMARKUNG: Blexen FLUR: 1, 11 u. 20 MASSTAB: 1: 1000

ERLAUBNISVERMERK: DIE VERVIELFALTIGUNG IST NUR FUER EIGENE, NICHTGEWERBLICHE ZWECKE GESTATTET (§ 13 ABS. 4 NDS. VERMESSUNGS- UND KATASTERGESETZ VOM 2. JULI 1985 - NDS. GVBL. S. 187); DAZU GEHOEREN AUCH ZWECKE DER BAULEITPLANUNG.

Stand 16. 07. 1992
VIII 23/92

DIE PLANUNTERLAGE ENTSPRICHT DEM INHALT DES LIEGENSCHAFTSKATASTERS UND WEIST DIE STÄDTEBAULICH BEDEUTSAMEN BAULICHEN ANLAGEN SOWIE STRASSEN,WEGE UND PLÄTZE VOLLSTÄNDIG NACH (STAND VOM 16. 07. 1992). SIE IST HINSICHTLICH DER DARSTELLUNG DER GRENZEN UND DER BAULICHEN ANLAGEN GEOMETRISCH EINWANDFREI. DIE ÜBERTRAGBARKEIT DER NEU ZU BILDENDEN GRENZEN IN DIE ÖRTLICHKEIT IST EINWANDFREI MÖGLICH.

....., DEN 23. 07. 1992

KATASTERAMT Brake

VERM.O.RAT

DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES WURDE AUSGEARBEITET VON Hochbau- u. Stadtplanungsamt der Stadt Nordenham

NORDENHAM, DEN Sep.'91 / Juli '92

i.A.

DIE ZUSTIMMUNG DES RATES DER STADT ZUM ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES UND DER BEGRÜNDUNG ERFOLGTE IN DER SITZUNG AM: 17.06.1992

ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG GEMÄSS § 3 ABS. 2 BAUGB WURDEN ORTSÜBLICH BEKANNTGEMACHT AM: 16.07.1992

DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES UND DIE BEGRÜNDUNG HABEN ÖFFENTLICH AUSGELEGEN: VOM 24.07.1992 BIS 25.08.1992 VOM ..... BIS ..... VOM ..... BIS .....

NORDENHAM, DEN 14.10.1992

STADTDIREKTOR

DER RAT DER STADT HAT DEN BEBAUUNGSPLAN NACH PRÜFUNG DER BEDENKEN UND ANREGUNGEN GEMÄSS § 3 ABS. 2 BAUGB IN SEINER SITZUNG AM 01.10.1992 ALS SATZUNG (§ 10 BAUGB) SOWIE DIE BEGRÜNDUNG BESCHLOSSEN.

NORDENHAM, DEN 14.10.1992

STADTDIREKTOR

IM ANZEIGEVERFAHREN HABE ICH MIT VERFÜGUNG (AZ. .....) VOM HEUTIGEN TAGE - UNTER AUFLAGEN [1] / MIT MASSGABEN [1] GEMÄSS § 11 ABS. 3 BAUGB IN VERBINDUNG MIT § 6 ABS. 2 UND 4 BAUGB - AUSGENOMMEN FÜR DIE IM BEBAUUNGSPLAN BESONDERS KENNTLICH GEMACHTEN TEILE [1] KEINE VERLETZUNG VON RECHTSVORSCHRIFTEN GELTEND GEMACHT.

BRAKE, DEN s. oben

LANDKREIS WESERMARSCH [2]

UNTERSCHRIFT

1) Nichtzutreffendes streichen
2) Zutreffende höhere Verwaltungsbehörde einsetzen

DIE GENEHMIGUNG DES BEBAUUNGSPLANES / DIE DURCHFÜHRUNG DES ANZEIGEVERFAHRENS FÜR DEN BEBAUUNGSPLAN [x] IST GEMÄSS § 12 BAUGB AM 12.02.93 IM AMTSBLATT NR. 6 für den Regierungsbezirk Weser-Ems BEKANNTGEMACHT WORDEN. DER BEBAUUNGSPLAN IST SEIT AM 12.02.1993 RECHTSVERBINDLICH GEWORDEN.

NORDENHAM, DEN 08. MRZ. 1993

STADTDIREKTOR

x) Nichtzutreffendes streichen

INNERHALB EINES JAHRES SEIT BEKANNTMACHUNG DES BEBAUUNGSPLANES SIND EINE VERLETZUNG DER IN § 214 ABS. 1 SATZ 1 NR. 1 UND 2 BAUGB BEZEICHNETEN VERFAHRENS- UND FORMVORSCHRIFTEN / DER ABWÄGUNG NICHT GELTEND GEMACHT WORDEN. [1] / ZUSTANDEKOMMEN DES BEBAUUNGSPLANES NICHT [1]

Nordenham, DEN 12 APR 1994

STADTDIREKTOR

1) Nichtzutreffendes streichen

INNERHALB VON SIEBEN JAHREN SEIT BEKANNTMACHUNG DES BEBAUUNGSPLANES SIND MÄNGEL DER ABWÄGUNG BEIM ZUSTANDEKOMMEN DES BEBAUUNGSPLANES NICHT [1] GELTEND GEMACHT WORDEN.

....., DEN .....

STADTDIREKTOR

1) Nichtzutreffendes streichen